

## Dossier

# Der Eurodistrikt Straßburg–Ortenau

## Eine Idee der Staats- und Regierungschefs soll konkret werden

ALAIN HOWILLER\*

Als Staatspräsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder die Idee zur Schaffung eines „Eurodistrikts“ am Rhein, zwischen Kehl auf deutscher und Straßburg auf französischer Seite, lancierten, hatten sie zweifellos keinerlei Vorstellung vom konkreten Inhalt ihres Vorschlags. Die Absicht des einen wie des anderen war das, was man ein „Medienereignis“ nennt, um die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages mit einem markanten Projekt zu verbinden. So wurde am 22. Januar 2003 die Idee des Eurodistrikts in einer Gemeinsamen Erklärung der Staats- und Regierungschefs ins Leben gerufen.

Jedermann begrüßte ein Projekt, das symbolisch die beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland unterstreichen würde, – umso mehr, da der Eurodistrikt in der Region um Straßburg entstehen sollte, dem Symbol der vergangenen Kämpfe zwischen Franzosen und Deutschen um Kontrolle und Besitz des Elsasses. Das „europäische“ Straßburg war bereits 1949 Sitz des Europarates geworden, um die deutsch-französische Aussöhnung zu illustrieren. In der Folgezeit und im gleichen Geiste hatte die Stadt den Europäischen Ge-

richtshof für Menschenrechte, diverse Institutionen des Europarates und schließlich das Europäische Parlament empfangen, das hier seine monatliche Sitzung abhält. Mit dem Eurodistrikt gewinnt Straßburg über seinen Charakter als Sitz europäischer Institutionen hinaus eine zusätzliche Rolle, um ein aktiver Bestandteil der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen zwei Grenzstädten und ihren Bevölkerungen zu werden.

Der Begriff des „Eurodistrikts“ war ein neues Konzept und umso origineller, als das Projekt „Straßburg–Kehl“ der deutsch-französischen Zusammenarbeit ein neues Kapitel hinzufügte. Aber auch wenn das Kapitel bereits eine Überschrift hatte, so war der Text noch zu schreiben: Und dies ist zwei Jahre nach der Geburt der Idee immer noch der Fall. Zwar sind die Kontakte zwischen den Straßburger und Kehler Beteiligten fruchtbar gewesen, und man arbeitet sich langsam an die Idee des Eurodistriktes heran, doch wartet man noch immer auf ihre Konkretisierung. Hier scheint sich das rheinische geflügelte Wort zu bestätigen, das aus diesem Anlass entstand: „Es ist einfacher, Berlin und Paris einander anzunähern als Straßburg und Kehl, obwohl diese nur der Rhein trennt!“

\* *Alain Howiller*, ehemaliger Chefredakteur der „Dernières Nouvelles d'Alsace“ (DNA), ist Autor mehrerer Veröffentlichungen zum Thema der deutsch-französischen Beziehungen, zuletzt „L'Europe au cœur: les engagements d'un journaliste alsacien.“ (Éditions La Nuée Bleue, Straßburg 2004).

Von Beginn an zeichnete sich die Initiative zum Eurodistrikt durch eine sonderbare Herangehensweise aus: Die beiden Regierungen begnügten sich mit der Lancierung des Projektes und erwarteten im Folgenden Vorschläge von der Basis, das heißt von den beiden Partnerstädten, um die Idee des Eurodistrikts zu strukturieren und mit konkretem Inhalt zu füllen. Diese Vorgehensweise verstand sich als pragmatisch, aber indem man zu den „Verhandlungen“ (denn so muss man die geführten Gespräche nennen) Vertreter der beiden Staaten, Abgeordnete und Wissenschaftler an einen Tisch brachte, hat man heftigen Diskussionen Tür und Tor geöffnet, die von durch die Nähe bedingten Voreingenommenheiten, von divergierenden politischen Vorgehensweisen und von Hintergedanken, ja sogar von zu befriedigendem Ehrgeiz stark beeinträchtigt worden sind.

### Raumordnung und Politik

Das Konzept des Distriktes brachte zwei Städte verschiedenen Ausmaßes miteinander in Kontakt: Auf der einen Seite Straßburg und seinen Stadtverband, ein Ballungsraum mit 450 000 Einwohnern, die zunächst im Eurodistrikt eine Möglichkeit sahen, schlicht und einfach den Umfang ihrer Stadtgemeinschaft auszuweiten, indem sie den 27 Gemeinden der „Communauté Urbaine de Strasbourg (C.U.S.)“ den Kommunalverband der Stadt Kehl angliedern. Das Ungleichgewicht zwischen den beiden Partnern war offensichtlich und Kehl verspürte keinerlei Lust, sich widerspruchslos einer Struktur einzugliedern, die aus der Stadt einen einfachen Vorort von Straßburg machen würde. Denn die Stadt Kehl, die im Jahr 2003 den 50. Jahrestag ihrer Wiedervereinigung feierte (ein Teil der Stadt gehörte bis 1953 zu Straßburg, bevor diese französische Enklave wieder deutsch wurde), hatte eine ganz eigene positive Entwicklung durchlaufen können, indem sie ihre bescheidene Größe mit

einem effizienten Umweltschutz verband und die Lebensqualität an der Seite Straßburgs kultivierte, dessen Nähe ihr Vorteile brachte (Freizeitmöglichkeiten, städtisches Transportwesen, Einkaufsmöglichkeiten im gehobenen Sektor, Universität... usw.), ohne deren Unannehmlichkeiten zu unterliegen (vor allem der Steuerlast).

Das demographische Ungleichgewicht wird nun durch die Tatsache kompensiert werden, dass im Einvernehmen mit den Beteiligten das Gebiet des Eurodistrikts die Stadtgemeinschaft (C.U.S.) und die 51 Gemeinden des Ortenaukreises umfassen wird. Auf diese Weise stehen den 450 000 französischen Einwohnern 408 000 Einwohner Ortenaus gegenüber. Gleichzeitig erhielt der Prozess eine politische Dimension, die, dank des neuen Landrates Klaus Brodbeck (FDP), aber auch dank Edith Schreiner, der Bürgermeisterin von Offenburg (CDU), dem oftmals explosiven Gegenüber von Günther Petry, dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Kehl, und der Straßburger Bürgermeisterin Fabienne Keller sowie dem stellvertretenden Bürgermeister Robert Grossmann (beide UMP) ein Ende bereitete. Auf diese Weise beruhigte sich das Klima und man konnte mit Interesse die Gemeinsame Erklärung vom 24. Mai 2003 lesen, die einstimmig von den Bürgermeistern von Lahr, Offenburg, Achern, Kehl und Oberkirch, für Ortenau vom Landrat des Ortenaukreises sowie für die C.U.S. von ihrem Präsidenten Robert Grossmann und von Fabienne Keller in Offenburg (Baden) angenommen worden ist.

### „Straßburg D.C.“ am Rhein

Diese Gemeinsame Erklärung fordert für den Eurodistrikt Straßburg einen Sonderstatus, der durch die Übertragung von Kompetenzen „ebenso von Seiten der lokalen Gebietskörperschaften wie von Seiten der beiden Staaten“ entstehen soll. Die Erklärung fordert die Umsetzung einer gewissen Anzahl konkreter

Projekte: die TGV-Ost-Linie Paris–Straßburg, eine neue Eisenbahnbrücke über den Rhein, um die Verbindung der Linien des TGV und des ICE zu ermöglichen (was ebenso die Modernisierung der Eisenbahnstrecke Kehl–Appenweier bedeutet), sowie die Realisierung einer Schnellzugverbindung von Hamburg nach Lyon Méditerranée über Frankfurt, Karlsruhe, Straßburg und Mulhouse. Vor allem aber fordert die Erklärung einen besonderen juristischen Status (einige auf Straßburger Seite zitieren Washington D.C. als Beispiel), der dem europäischen Status Straßburgs als Sitz europäischer Institutionen dienen soll. Damit spielen die Akteure des Eurodistrikts den Ball in das Lager der Regierungen, die seit Januar 2003 immer wieder ihre Unterstützung für das Projekt, das sie selbst ins Leben gerufen haben, lauthals äußern, aber damit auf sich warten lassen, diese Unterstützung in die Tat umzusetzen. Während der deutsch-französischen Gipfeltreffen der Minister für Europäische Angelegenheiten am 30. Juni 2003 und am 28. Juni 2004 (in Colmar, wo die Idee eines Eurodistrikts Colmar–Freiburg–Mulhouse geboren wurde), ja sogar am 1. Oktober 2004, als Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder sich in Straßburg trafen, wurde die Unterstützung für das Straßburger und Kehler Projekt erneut bekräftigt.

Auf Seiten der lokalen Akteure haben die maßgeblichen Gemeinderäte ihr Engagement zugunsten der neuen Struktur zum Ausdruck gebracht und einige Anregungen vorgelegt. Diese verdeutlichen jedoch, dass zwischen den deutschen und den französischen Partnern Unterschiede in der Herangehensweise bestehen. Die Deutschen streben vor allem danach, aus dem Distrikt einen „Groupement local de Coopération Transfrontalière“ im Sinne des Artikels 11 des Karlsruher Abkommens vom 23. Januar 1996 zu machen. Dieses Übereinkommen erlaubt vor allem die Schaffung von gemeinsamen Strukturen, die Auftraggeber und Träger grenzüberschrei-

tender Projekte sein können. Für die Franzosen ist diese Struktur eines lokalen Verbandes zwar durchaus interessant, doch für den Eurodistrikt muss sie in ihren Augen noch übertroufen werden: Er sollte einen Sonderstatus mit eigenen Kompetenzen und eigenen Ressourcen genießen.

### **Der Hauptstadt Europas dienen**

Von französischer Seite aus soll der „Eurodistrikt Straßburg–Ortenau“ den Ambitionen zu einer europäischen Hauptstadt dienen, die von Straßburg gehegt werden. So wird die Idee eines exterritorialen Status nach dem Beispiel von Washington D.C. vorgebracht, mit einem Sitz in Geschäftsräumen, die sich einer „juristischen Nationalisierung“ entziehen und die in die (exterritorialiserten) Büroräume des Europarates eingegliedert werden könnten oder in Räumlichkeiten mit internationalem Status. Man ist darüber hinaus bereit, eine deutsch-französische Rotation in der Präsidentschaft des Distriktes einzurichten, falls der Sitz Straßburg sein sollte. Die Präsidentschaft würde jedes Jahr wechseln, und die Sitzungen des Distriktes würden abwechselnd auf der deutschen und der französischen Seite abgehalten werden.

Während seiner Sitzung im September 2004 hat sich der Gemeinderat von Kehl ein Mal mehr für den „Groupement local de Coopération Transfrontalière“ und für die Schaffung eines Generalsekretariats des Distriktes ausgesprochen – in Kehl oder in Straßburg, wenn er deutschem Recht unterstehen sollte. Allerdings wurde das Problem des Sekretariats offengelassen, um die gemeinsamen Treffen abzuwarten, die ...im Mai 2005 (!) stattfinden sollen. Nichts scheint bei der Umsetzung dieses Projektes, das alle Welt bei seiner Geburt begrüßte, wirklich eilig zu sein! Der Rat der Stadtgemeinschaft Straßburg, der angerufen worden war, um einem den Eurodistrikt befürwortenden Antrag zuzustimmen, den man Staatspräsident Chirac

und Bundeskanzler Schröder vor ihrem Straßburger Gipfeltreffen am 1. Oktober vorlegen wollte, war nicht in der Lage, die Mehrheit der Rechten und die Opposition zu vereinen, die eine Grundsatzdebatte über den gemeinsamen Distrikt forderte. Die Zögerlichkeiten nehmen kein Ende, während alles darauf hindeutet, dass die betroffene Bevölkerung ihrerseits dem Projekt positiv gegenübersteht.

## Umfrageergebnisse und Enttäuschungen

Die Straßburger Tageszeitung „Dernières Nouvelles d'Alsace“ (DNA, die führende elsässische Tageszeitung mit einer Auflage von mehr als 200 000 Exemplaren), hat eine Umfrage auf beiden Seiten des Rheins durchführen lassen. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass 61 Prozent der betroffenen deutschen und französischen Bevölkerung für das Projekt sensibilisiert sind: Sie kennen es zumindest. Es gibt also noch eine Menge zu tun, damit die Idee des Eurodistriktes Straßburg–Ortenau ein populäres Konzept wird, vor allem auf französischer Seite, wo das Projekt nicht öffentlich debattiert worden ist, abgesehen von den Artikeln in den DNA. 68 Prozent der befragten Personen denken, dass der Eurodistrikt das deutsch-französische Paar stärken würde (72 Prozent bei den 18–34-Jährigen). Die Altersgruppe der 18–34-Jährigen steht dem Distrikt positiv gegenüber, der in der öffentlichen Meinung aber noch einiges an Boden gutmachen muss: 55 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass das Projekt nur von zweitrangiger Wichtigkeit ist, 56 Prozent glauben, dass es nur wenig Bedeutung hat.

Die zum Ausdruck kommende Überzeugung, dass der Eurodistrikt das deutsch-französische Paar stärken würde, sowie der von den Befragten bekräftigte Wille, vom Distrikt die Realisierung konkreter und praktischer Ziele zu fordern (48 Prozent der jungen Al-

tersgruppe, 44 Prozent für die Gesamtheit der Befragten), signalisieren, dass innerhalb der öffentlichen Meinung Unschärfen und Desinformation bezüglich der neuen Struktur weit verbreitet sind: Die nationalen und lokalen politischen Vertreter ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass die Zeit keinesfalls drängt und der Distrikt nicht an oberster Stelle der Besorgnisse und Wünsche der Wähler steht.

Die Vereinigung „Forum Citoyen Eurodistrict“, die nach dem Modell der deutschen Bürgerinitiativen gegründet wurde und von einem in Straßburg ansässigen Deutschen geleitet wird, will dazu beitragen, aus dem zukünftigen Distrikt ein Wahlkampfthema zu machen. Die im Oktober 2003 gegründete Vereinigung tritt für die Schaffung eines zweisprachigen Radios, das Anfang 2005 auf Sendung gehen soll, und die Einrichtung einer gemeinsamen Grundschule zur Rentrée ein. Sie hat den ersten „Tag des Eurodistriktes Straßburg–Ortenau“ initiiert, der im Dezember in Offenburg 500 Teilnehmer in Anwesenheit der Bürgermeisterin versammelte. Die Banque Populaire d'Alsace und die Volksbank des Landes Baden haben einen Posten für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Straßburg geschaffen. Die DNA und ihr badisches Pendant, das „Offenburger Tageblatt“, haben in Kehl ein Kolloquium zum Eurodistrikt organisiert, an dem der Minister für Außenhandel, François Loos, die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden (einschließlich Straßburg und Kehl), Vertreter der Industrie und der Industrie- und Handelskammern sowie der Arbeitgeberverbände teilgenommen haben.

Eine langwierige Arbeit der Sensibilisierung wurde begonnen, um an der Verwurzelung des Projektes mitzuwirken, das bereits kleine Nachfolgeinitiativen nach sich zieht: Ein Eurodistrikt-Projekt für das Gebiet Haguenau–Wissembourg–Karlsruhe–Landau ist ins Leben gerufen worden, und die Befürworter des Eurodistriktes Colmar–Freiburg–

Mulhouse hoffen, im Laufe dieses Jahres ihre Zusammenarbeit konkretisieren zu können. Auch an der spanisch-französischen und an der deutsch-polnischen Grenze schaut man auf das elsässisch-badische Projekt, dessen Erfolg man erhofft, um sich davon inspirieren zu lassen.

### Ein Versuchsballon

Es ist dieser Charakter des „Versuchsballons“, der die betroffenen Staaten vorsichtig sein lässt: Das, was man Straßburg–Ortenau zugesteht, auch wenn die Rolle als europäische Hauptstadt zugunsten des rheinischen Projektes spricht, wird man auch anderen zugestehen müssen. Inzwischen ist um die Straßburger Idee vom Januar 2003 ein großes Projekt mit seinen juristischen, steuerlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen entstanden. Die Befürworter des Projektes haben zweifelsohne kaum geahnt, was aus einem Konzept hervorgehen würde, das sie von Beginn an wohlweislich nicht klar definiert hatten. Aber die Unschärfe wird nicht ewig andauern und die Skizze kann nicht dauerhaft als Politikersatz dienen.

Da dies so ist, haben die lokalen Partner des Eurodistriktes, die davon ausgehen, dass die beiden Staaten einen Status als „Groupe-ment local de Coopération Transfrontalière“ unterstützen werden, zumindest für einen ersten Zeitraum und mit der Überzeugung, dass diese Einrichtung keine avantgardistischen politischen Entscheidungen (vom Typus Extraterritorialität) beinhalten wird, eine gewisse Anzahl von Tätigkeitsfeldern definiert, auf denen diese neue Struktur in Erscheinung treten kann. Diese möglichen Aktionsbereiche reichen von der Förderung der Nachbarsprache mit der Möglichkeit, die

Schule seiner Wahl in jedwedem Bereich des Distriktes zu besuchen, bis hin zur Nutzung der Krankenhauseinrichtungen auf beiden Seiten des Rheins. Die anvisierten Aktivitäten sehen ebenso die Errichtung gemeinsamer Telefonzonen vor, eine Transportgemeinschaft mit gemeinsamem Linienplan und Tarifen, die Zusammenarbeit in der Verwaltung mit dem Austausch von Personal, die Schaffung gemeinsamer Strategien auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Wirtschaftsförderung, die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsämtern und -agenturen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit sowie die Erschließung eines gemeinsamen Universitätszentrums (eine entsprechende Liste wurde am 15. Januar 2004 verabschiedet).

Diese Liste ebenso wie der Weg, der zu ihrer Umsetzung führen wird, werden ohne Frage lang sein. Dennoch gibt es nicht wenige, die vor Ort der Meinung sind, dass der Eurodistrikt Straßburg–Ortenau gerade Ortenau eine Chance bietet, indem er der Region zu einem Wettbewerbszentrum und Entwicklungsschwerpunkt Zugang verschafft, der ihre Möglichkeiten positiv erweitert, die durch das Fehlen eines starken städtischen Zentrums bislang beeinträchtigt werden. Der Distrikt bietet ebenso eine Chance für Straßburg und für die C.U.S., die die Geschichte und die Geographie von ihrem rheinischen Hinterland abgeschnitten haben, durch die Narbe, die von einem Rhein gegraben worden ist, der zur Grenze wurde. Alle sollten letztendlich Gewinner sein, in einer gegenseitigen Komplementarität, die schließlich anerkannt und akzeptiert wird. Europa im Alltag? Durch den Eurodistrikt kann es real werden: hier und heute.

## Drei Projekte und offene Fragen

Wenn das Projekt des Eurodistriktes Straßburg–Ortenau auch das einzige ist, das von den Regierungsvertretern Deutschland und Frankreichs ins Leben gerufen wurde, so sind 2004 zwei weitere Projekte zwischen deutschen und französischen Partnern entstanden:

Es handelt sich zum einen um den Eurodistrikt Colmar–Freiburg (im Breisgau)–Mulhouse (1,254 Millionen Einwohner, 5 200 qm Fläche), deren Vertreter ein Pilot-Komitee zur Ausarbeitung des Projektes gegründet haben, das im Laufe des Jahres 2005 fertiggestellt sein soll.

Es geht zum zweiten um die Initiative der Verantwortlichen der Interessengemeinschaft „PAMINA“ (Palatinat–Pays de Bade Moyen–Alsace du Nord), die ihren Sitz in Lauterburg hat (nördliches Elsass, in der Nähe von Karlsruhe). Diese Gemeinschaft (1,5 Millionen Einwohner, 6 000 qm Fläche verteilt auf Baden, die Pfalz und das Elsass) untersucht die Möglichkeit einer Entwicklung hin zu einer Form des Eurodistriktes, die es noch zu bestimmen gilt.

## Der Eurodistrikt – eine Chronologie

22. Januar 2003	Gemeinsame deutsch-französische Erklärung über die Schaffung des Eurodistrikts Straßburg–Kehl (anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages).
24. Mai 2003	Gemeinsame Erklärung der Vertreter der Stadtgemeinschaft Straßburg (C.U.S.) und der wesentlichen Bürgermeister des Ortenaukreises zugunsten des Projektes des Eurodistriktes.
15. Januar 2004	Liste der vorrangigen gemeinsamen Aktivitäten, vorgelegt durch die C.U.S. und den Ortenaukreis.
29. Juni 2004	Bei ihrem Treffen in Colmar rufen <i>Claudie Haigneré</i> und <i>Hans Martin Bury</i> , Minister für Europäische Angelegenheiten, das Projekt des Eurodistriktes Colmar–Freiburg im Breisgau– Mulhouse ins Leben und bekräftigen ihre Unterstützung für das Straßburger Projekt.
1. Oktober 2004	In Straßburg bekräftigen Staatspräsident <i>Chirac</i> und Bundeskanzler <i>Schröder</i> ihre Unterstützung für den Eurodistrikt Straßburg–Ortenau.

## Der Eurodistrikt Straßburg–Ortenau in Zahlen

	Anzahl der Gemeinden	Bevölkerung	Fläche	Bevölkerungsdichte
<b>Straßburg (C.U.S.)</b>	27	450 000 Einwohner	304 qm	1 475 Einw. / qm
<b>Ortenau</b>	51	408 000 Einwohner	1 851 qm	219 Einw. / qm

Quelle: Dossier der Communauté Urbaine de Strasbourg über den Eurodistrikt.